

Parlamentarischer Vorstoss**2025/261**

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Postulat zur Sicherheit und Krisenfestigkeit an Baselbieter Schulen
Urheber/in:	Dominique Erhart
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Biedert, Brunner Markus, Degen, Epple, Graf, Karrer, Liechti, Meyer, Riebli, Ritter, Roth Nicole, Spiegel, Steinemann, Trüssel
Eingereicht am:	12. Juni 2025
Dringlichkeit:	—

Postulat zur Sicherheit und Krisenfestigkeit an Baselbieter Schulen**Begründung:**

Die Sicherheit unserer Kinder und Lehrpersonen an den Schulen ist nicht verhandelbar. Die jüngsten Enthüllungen aus den Schulräten – etwa der Sekundarschule Oberwil – zeigen ein alarmierendes Bild: Eingeschlossene Defibrillatoren, veraltete und unzureichende Alarmierungssysteme sowie das völlige Fehlen eines verbindlichen Krisenmanagements. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass an unseren Schulen elementare Sicherheitsvorkehrungen fehlen und der Kanton seiner Verantwortung nicht nachkommt.

Besonders gravierend ist, dass das für den Umgang mit Krisen an Baselbieter Schulen zuständige Handbuch seit Jahren veraltet ist und die angekündigte Überarbeitung offensichtlich nur schleppend vorankommt. Währenddessen fehlt es an einer flächendeckenden, praxisnahen Schulung der verantwortlichen Schulleitungen und Mitarbeitenden im Umgang mit akuten Ereignissen wie Amokläufen, medizinischen Notfällen oder anderen Krisensituationen – eine längst überfällige Massnahme, die dem Schutz unserer Kinder und Lehrpersonen dienen würde.

Sicherheit ist Staatsaufgabe und darf nicht dem Zufall oder den Bemühungen Einzelner überlassen werden. Es braucht endlich klare Zuständigkeiten, verbindliche Standards und eine konsequente Umsetzung. Die aktuelle Situation ist das Resultat jahrelanger Nachlässigkeit, Bürokratie und einer Politik, die lieber in ideologische Projekte investiert als in den Schutz der Schwächsten – unserer Kinder. Sicherheit und Ordnung an den Schulen muss oberste Priorität erhalten und die Regierung endlich handeln, bevor es zu einer Katastrophe kommt.

Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Sicherheitslage an den öffentlichen Schulen des Kantons, insbesondere im Hinblick auf Notfallmanagement, technische Alarmierung und Zugang zu lebensrettender Infrastruktur?
2. Welche konkreten Schritte wurden seitens der Regierung in den letzten fünf Jahren unternommen, um die Sicherheit an den Schulen zu verbessern? Wo sieht der Regierungsrat Versäumnisse?
3. Weshalb existiert bis heute kein kantonsweit einheitliches, verbindliches Krisenmanagement für alle Schulen? Wer trägt die Verantwortung für diese Unterlassung? Warum ist das Handbuch für den Umgang mit Krisen an Schulen weiterhin veraltet und wann ist mit einer zeitgemässen, verbindlichen Version zu rechnen?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die gesetzlichen Vorgaben zum Schutz der körperlichen und psychischen Unversehrtheit (Bundesverfassung Art. 61a, Bildungsgesetz BL § 28 Abs. 2 Bst. e) tatsächlich umgesetzt und kontrolliert werden?
5. Wie wird garantiert, dass die Mittel für Sicherheit und Krisenmanagement an den Schulen zweckgebunden und effizient eingesetzt werden – und nicht in Bürokratie oder Nebenprojekte abfliessen?
6. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Gemeinden, Polizei und Rettungsdiensten verbindlich zu regeln und im Ernstfall ein rasches, koordiniertes Handeln sicherzustellen?
7. Wann wird der Regierungsrat dem Landrat ein umfassendes, verbindliches Sicherheitskonzept für alle Schulen vorlegen?

Forderung:

Erwartet wird vom Regierungsrat eine klare Priorisierung der Sicherheit an unseren Schulen – ohne weitere Verzögerung und ohne ideologische Ablenkungsmanöver. Der Schutz der Kinder und Lehrpersonen muss endlich ins Zentrum der Bildungspolitik rücken. Der Regierungsrat soll dem Landrat rasch ein verbindliches, praxistaugliches und kontrollierbares Sicherheitskonzept für alle Baselbieter Schulen vorlegen – mit klaren Zuständigkeiten, messbaren Standards und konsequenter Umsetzung. Insbesondere ist die sofortige Überarbeitung des veralteten Handbuchs für Krisenmanagement sowie eine flächendeckende, verpflichtende Schulung aller verantwortlichen Personen unverzüglich umzusetzen.